

## Moderator für Jagd und Forst

Im Wald wächst noch zu viel Holz

■ Von Hartmut Kaczmarek und Fabian Klaus

**Erfurt.** (tlz) Thüringens Landwirtschaftsminister Jürgen Reinholz (CDU) sieht Reserven bei der Flurneuordnung: „Es wächst in den privaten Wäldern immer noch mehr Holz nach als wir einschlagen“, sagt der Minister der TLZ. Der Grund sei, dass man nicht an die entsprechenden Bestände herankomme, weil die Flächen in zu kleinteiligen Besitzverhältnissen stecken. „Deshalb schwebt mir ein Umlageverfahren vor“, so der Politiker. Das würde bedeuten, dass die Flächen eines bestimmten Bereiches in „einen Topf geworfen werden und hinterher in gleicher Größe, aber zusammenhängend vergeben werden“. Ein weiteres Problem, das

der neue Minister beheben muss, ist der Interessenkonflikt zwischen Forstwirten und Jägern, wenn der ökologische Waldumbau gelingen soll. Vor Jahren sei bereits begonnen worden, eine Mischwaldstruktur anzugehen. Problem dabei: „Es gibt zwei Möglichkeiten“, sagt der Minister. Entweder man baue um den Wald einen Zaun, damit kein Verbiss durch Wild entsteht, oder das Wild werde in Größenordnungen geschossen, wo es dem Wald schadet. Allerdings stoßen da die Interessen von Forstwirten und Jägern aufeinander. „Hier müssen wir einen Konsens zwischen dem Schießen prachtvoller Tiere und dem wachsenden Mischwald finden“, sagt der Minister. Er sehe sich als Moderator zwischen den Parteien.

## Jugendliche werden zu Zeiteinsparern

Geschichtstag im Thüringer Landtag

**Erfurt.** (tlz/elo) Jede Stadt und jedes Dorf hat seine Geschichte. Häuser, Denkmäler, Traditionen, Straßennamen, prominente Menschen – sie alle haben eine Vergangenheit, die oft in Vergessenheit geraten ist. Das Jugendprogramm Zeiteinsparer lässt junge Menschen zu Zeiteinsparern und Geschichtsforschern wieder lebendig werden. Der abschließende Jugendgeschichtstag am Dienstag im Thüringer Landtag – veranstaltet vom Landesjugendring und unter Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Birgit Diezel – ist für die Zeiteinsparer Höhepunkt und Abschluss ihrer Projektarbeit.

jugendring gewährleistet. Im Förderzeitraum 2009 haben in Thüringen mehr als 120 Jugendliche in 20 Zeiteinsparerteams an lokalhistorischen Themen geforscht. Das Themenspektrum reicht dabei von der Aufarbeitung regionaler Erlebnisse der Wendejahre über Arbeiten zu mundartlichen Traditionen bis hin zur Erforschung lokaler geschichtlicher Ereignisse oder die Region prägende Personen. Nach Interviews mit Zeitzeugen, Archivbesuchen und Literaturrecherche entstehen auf diese Weise Filme, Hörspiele, Broschüren, Informationstafeln und vieles mehr.

### ■ 2010 wird das Historienprojekt fortgesetzt

Auch 2010 sind Zeiteinsparer wieder möglich. Teilnehmen können Jugendgruppen im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren. Projektträger können zum Beispiel Jugendvereine, Jugendverbände, Kirchengemeinden sowie Gemeinde- oder Stadtverwaltungen oder Schulen in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendarbeit sein. Bewerbungsschluss ist der 15. Januar 2010. Projektlaufzeit ist von März bis Oktober 2010.

**i** Jugendgeschichtstag, Dienstag, 8. Dezember, 13.00 bis 18.00 Uhr, Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Erfurt  
Weitere Infos unter: [www.youngend.info](http://www.youngend.info) und [www.zeiteinsparer.org](http://www.zeiteinsparer.org)

## Große Verantwortung für Karl-Heinz Ducke

Vor 20 Jahren: Der Zentrale Runde Tisch konstituiert sich – „Aus tiefer Sorge um unser Land“

**Jena/Berlin.** (ddp/tlz) Die Furcht vor Anarchie und Blutvergießen lag im Herbst 1989 in der Luft. Die Repräsentanten der Opposition und auch die Vertreter der untergeordneten Ordnung waren gewillt, dem Einhalt zu gebieten: Am 7. Dezember 1989 konstituierten sie im Berliner Dietrich-Bonhoeffer-Haus den Zentralen Runde Tisch der DDR – „aus tiefer Sorge um unser in eine tiefe Krise geratenes Land, um seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung“, wie zu Anfang mitgeteilt wurde.

Die Zusammensetzung der Teilnehmer, ihre politischen Standorte und Vorstellungen konnten nicht gegensätzlicher sein: Vertreten waren alle im Herbst 1989 bedeutsamen oppositionellen Gruppierungen, darunter das Neue Forum, der Demokratische Aufbruch und das Aktionsbündnis „Demokratie Jetzt“, die Sozialdemokratische Partei und die Grünen. Die alten Kräfte rekrutierten sich vornehmlich aus der – bald zur PDS transformierten – SED und ihren Blockparteien, der CDU und der Bauernpartei, den Liberalen und den Nationaldemokraten.

Die Moderation, die undankbare Aufgabe des Löwenbändigers, war in ökumenische Hände gelegt worden. So sorgten Martin Ziegler vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Karl-Heinz Ducke aus Jena für die katholische Berliner Bischofskonferenz und der methodistische



**Meisterte schwierige Aufgabe mit Bravour:** Der Jenaer Pfarrer Monsignore Karl-Heinz Ducke gehörte zu den drei Moderatoren des zentralen Runde Tisches in Berlin – hier im Gespräch mit der damaligen Finanzministerin Christa Luft.

renz und der methodistische Pfarrer Martin Lange für einen geordneten Ablauf gemäß dem roten Faden der Agenda: Der Runde Tisch, so war formuliert worden, fordere Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation im Land, wolle keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben, aber mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise

an die Öffentlichkeit treten. Er werde bis zur Abhaltung freier Wahlen Bestandteil der öffentlichen Kontrolle sein. Als der Zentrale Runde Tisch am 12. März 1990 – eine Woche vor den freien – Volkskammerwahlen – zu seiner letzten Sitzung zusammentrat, konstatierte er, dass die selbstgestellten Aufgaben „im Wesentlichen“ erfüllt worden seien und es eine

„wirksame Kontrolle der Regierung“ gegeben habe. Immerhin hatte auch Ministerpräsident Hans Modrow (SED-PDS) sich dem Runde Tisch stellen müssen. Er entschloss sich zur Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“, in der acht Vertreter der Opposition als Minister ohne Geschäftsbereich Platz nahmen und damit der SED-PDS die bisherige

Majorität streitig machten. Auch die ersatzlose Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit wurde durchgesetzt.

Nur noch für den Papierkorb taugte dagegen ein vom Runde Tisch entworfener Verfassungsentwurf, der auch die Einberufung einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Versammlung vorsah. Denn allerorten erschallten bereits die Rufe nach schneller Einheit. Die Bürgerrechner, von denen viele zunächst noch eine demokratische, unabhängige DDR anstrebten, waren in Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung geraten. Auch die Bundesregierung betrieb bereits eine höchst aktive Wiedervereinigungspolitik, und von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) war bekannt, dass er von Runde Tischen so gut wie nichts hielt.

Einig jedoch sind sich heute die Zeitgeschichtler in ihrem Urteil, dass der Zentrale Runde Tisch in der DDR zusammen mit der Regierung Modrow dafür gesorgt hat, den friedlichen Verlauf der Revolution zu sichern, das Land zu stabilisieren, Anarchie und Blutvergießen abzuwenden. Auch wenn der Runde Tisch ein nicht immer geordnetes Bild bot, habe er – so die eigenwillige Formulierung des Historikers Ilko-Sascha Kowalczyk – dazu beigetragen, „dass sich im Land die Ansätze zur Anarchie in weit- hin spaßvollen Grenzen hielten“.

## Keine Verträge zu Lasten Dritter

Städte unterstützen den harten Kurs von Lieberknecht

■ Von Hartmut Kaczmarek

**Erfurt.** (tlz) „Das sind eindeutige Verträge zu Lasten Dritter.“ Ralf Rusch, der Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes, fordert klipp und klar: Das muss aufgehört werden. Was er meint: Die Bundesregierung beschließt Gesetze – und die Kommunen müssen die finanziellen Folgen tragen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, am Freitag vom Bundestag verabschiedet, ist für Rusch ein solcher Vertrag zu Lasten Dritter. Denn die Gemeinden sind zu 15 Prozent an dem Aufkommen aus der Einkommenssteuer beteiligt. Und aus diesem Topf wird auch die Kindergeldhöhung von 20 Euro bezahlt. Mit anderen Worten: Die Gemeinden tragen drei Euro dieser bundespolitischen Maßnahme mit. Das Geld fehlt ihnen an anderer Stelle. Denn ein Ausgleich ist nicht geplant. „Wir wehren uns dagegen, immer der Letzte in der Kette zu sein“, sagt Rusch.

Deshalb findet er es auch völlig richtig, dass Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) ihren Widerstand gegen das Gesetzesvorhaben angekündigt hat. „Sie hat unsere volle Unterstützung“, so Rusch. Die Städte beharren auf einem finanziellen Ausgleich für die Verluste, die sie tragen müssen. Für Rusch wäre beispielsweise eine Veränderung beim kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer eine Möglichkeit. Der beträgt derzeit 2,2 Prozent. Eine Anhebung würde zumindest einen Teil der absehbaren Verluste kompensieren.

### ■ Kommunen mit dem Rücken zur Wand

Vor einer Finanzkatastrophe bei den Gemeinden warnt der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Bodo Ramelow. Bereits heute stehen nach seinen Informationen die kreisfreie Stadt Eisenach und der Unstrut-Hainich-

Kreis mit dem Rücken zur Wand. Mit dem Unstrut-Hainich-Kreis drohe der ersten Kreisverwaltung in Thüringen akut die Zwangsverwaltung. Sozio-kulturelle Projekte und viele Beschäftigungsverhältnisse stünden vor dem Aus. In Eisenach müssten die Bürger mit drastisch steigender Abgabenlast rechnen.

Was Ramelow stört: SPD und CDU schoben sich den Schwarzen Peter zu und täten so, als hätten sie mit der Steuerpolitik des Bundes nie etwas zu getan gehabt. Deshalb sei es für die FDP ein Leichtes, die begonnene Politik einfach fortzuführen.

Für ein „durchschaubares Manöver“ hält Ramelow „das Zurückrudern“ des SPD-Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider hinsichtlich der Einlösung von SPD-Wahlversprechen. Schneider hatte unter Verweis auf die Steuerpolitik des Bundes gefragt, ob die Städte noch die 2000 zugesagten Erzieherinnen-Stellen finanzieren könnten.

### NOTIZEN

#### Peter Hammen im Amt bestätigt

**Erfurt.** (tlz) Peter Hammen ist als Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen im Amt bestätigt worden. Wichtigstes Ziel des Vereins bleibe die sofortige Beseitigung der Zwangsbeiträge bei Abwasserbeseitigung und Straßenausbau. Der Dachverein von mehr als 100 Bürgerinitiativen werde daher mit allen Parteien Gespräche suchen, so Hammen. Er hofft, dass die gesetzliche Abschaffung der Zwangsbeiträge im ersten Halbjahr 2010 gesetzlich fixiert werden kann. Bei negativen Entwicklungen würden wieder Demonstrationen und ein Volksbegehren vorbereitet, so Hammen.

wurf in den Landtag eingebracht werden. Nach MDR-Informationen will sich die Landesregierung zudem dafür einsetzen, dass die etwa 700 ehrenamtlichen Bürgermeister am 6. Juni gewählt werden – 14 Tage später und damit noch vor den Sommerferien könnten dann Stichwahlen stattfinden.

Auf die Wiedereinführung der Stichwahlen hatten sich CDU und SPD in den Koalitionsverhandlungen verständigt. Sie waren erst im Oktober 2008 gegen den Widerstand von SPD und Linken abgeschafft worden.

#### Dickes Loch im Suhlener Haushalt

**Suhl.** (tlz/tag) Im Suhlener Haushalt klafft ein Loch von 13,4 Millionen Euro. Die Stadt hat einen Gesamtetat von etwa 100 Millionen Euro. Größte Brocken bei den Investitionen mit einem Gesamtvolumen von über 14 Millionen Euro sind die Sanierung des Heinricher Rathauses und die Umgestaltung des Hauses Philharmonie zum Haus der Wirtschaft sowie ein Gewerbegebiet.

#### Stichwahlen 2010 schon möglich

**Erfurt.** (tlz) Bei den Bürgermeisterwahlen im kommenden Jahr werden wieder Stichwahlen möglich sein. Am nächsten Dienstag soll der entsprechende Gesetzesentwurf erstmals im Thüringer Kabinett beraten werden. Im Januar solle der Regierungsent-

## Dank an die Ehrenamtlichen

Lieberknecht lobt bei DRK-Landesversammlung das große Engagement

**Jena.** (tlz) Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes das ehrenamtliche Engagement von insgesamt 750 000 Bürgern in Thüringen als unverzichtbar für das Gemeinwohl hervorgehoben. Dieses Engagement sei der „soziale Kitt in der Gesellschaft“ und „es wird dringender gebraucht denn je“, hob sie bei der Landesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Jena hervor. Dies gelte ganz besonders auch für die Ehrenamtlichen beim DRK. „Das DRK gehört mit seinen historischen Wurzeln zu den Sozialpionieren des Landes“, betonte Lieberknecht vor den 100 Delegierten aus den Kreisverbänden. Die ehrenamtlichen aktiven Mitglieder im DRK in

Thüringen gehören zu den leistungsstärksten Deutschlands, stellte auch Landesver-



**Lobte das Engagement der Rotkreuz-Helfer:** Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht.

bandspräsident Gerhard Günther fest. Auf Grund der herausragenden Ergebnisse die die Thüringer Rotkreuz-Mitglieder bei Bundeswettbewerben erreichten, wird der Freistaat im nächsten Jahr der Schauplatz großer bundesweiter Leistungsvergleiche des Deutschen Roten Kreuzes sein. So ist Erfurt im Mai 2010 Gastgeber des DRK-Bundeswettbewerbes im Rettungsschwimmen. Im September finden der Bundeswettbewerb der ehrenamtlichen Katastrophenschützer und die Qualifikation zum europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb in Sondershausen statt.

Die Qualität in der Pflege, die stärkere Ausrichtung der stationären Pflege auf Demenzerkrankte, Schwerstkranken und Sterbende und den Aus-

bau des Angebotes an stationären Pflegeplätzen nannte Günther als Schwerpunkte der Wohlfahrtsarbeit des DRK in Thüringen in den nächsten Jahren. Damit werden bereits begonnene Projekte wie die Stärkung der Palliativkompetenz der Pflegeheime und die freiwillige Qualitätskontrolle fortgeführt.

In den 27 DRK-Kreisverbänden in Thüringen engagieren sich fast 6000 Ehrenamtliche im Katastrophenschutz, in der Berg- und Wasserwacht und in der Sozialarbeit. Hinzu kommen etwa 4000 Mitglieder im Jugendrotkreuz.

Das DRK in Thüringen ist unter anderem Träger von 94 Kindertagesstätten, 25 Pflegeheimen, 30 ambulanten Pflegediensten, 24 Rettungsdiensten und drei Krankenhäusern.



**Im Ernstfall zur Stelle:** Ehrenamtliche Helfer des Deutschen Roten Kreuzes und freiwillige Feuerwehrleute wie hier bei einer Übung im Hölberg-Tunnel am vergangenen Samstag. Foto: tlz/Thiele